

# C•A•PANORAMA

des Centrums für angewandte Politikforschung (C•A•P)

Bertelsmann Forschungsgruppe Politik  
 Forschungsgruppe Deutschland  
 Forschungsgruppe Europa  
 Forschungsgruppe Jugend und Europa  
 Forschungsgruppe Zukunftsfragen

## Auf dem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft

Der Bertelsmann Transformation Index 2003

In vielen Ländern der Welt ringen Menschen um Demokratie und eine funktionstüchtige Marktwirtschaft. Der vom C•A•P und der Bertelsmann Stiftung entwickelte Bertelsmann Transformation Index 2003 (BTI) hat sich die große Aufgabe gestellt, diese Prozesse transparent zu machen und die Bemühungen reformorientierter Gruppen zu unterstützen. Dafür haben Länderexperten für insgesamt 116 Länder den Wandel in Politik und Wirtschaft analysiert. Um detaillierte Aussagen über erfolgreiche Transformationsstrategien oder noch bestehende Hindernisse treffen zu

I N H A L T

### C•A•Prolog

Aufbruch zu neuen Ufern 2

### C•A•Programm

Karlspreis-Europa-  
 Forum 2004 in Aachen 4  
 Politik in Krisenzeiten 5  
 Die ukrainischen  
 Präsidentschaftswahlen 6  
 Erfolgsfaktor Konflikt-  
 kompetenz 7  
 Vierter Transatlantic  
 Editors' Roundtable 8  
 Va bene? Italien in Europa 9  
 Allianz Summer Academy 11  
 Spuren der Außen-  
 politik der DDR 12  
 Neue C•A•P-Homepage 12

### C•A•Personalia

Gäste und Gespräche  
 am C•A•P 13

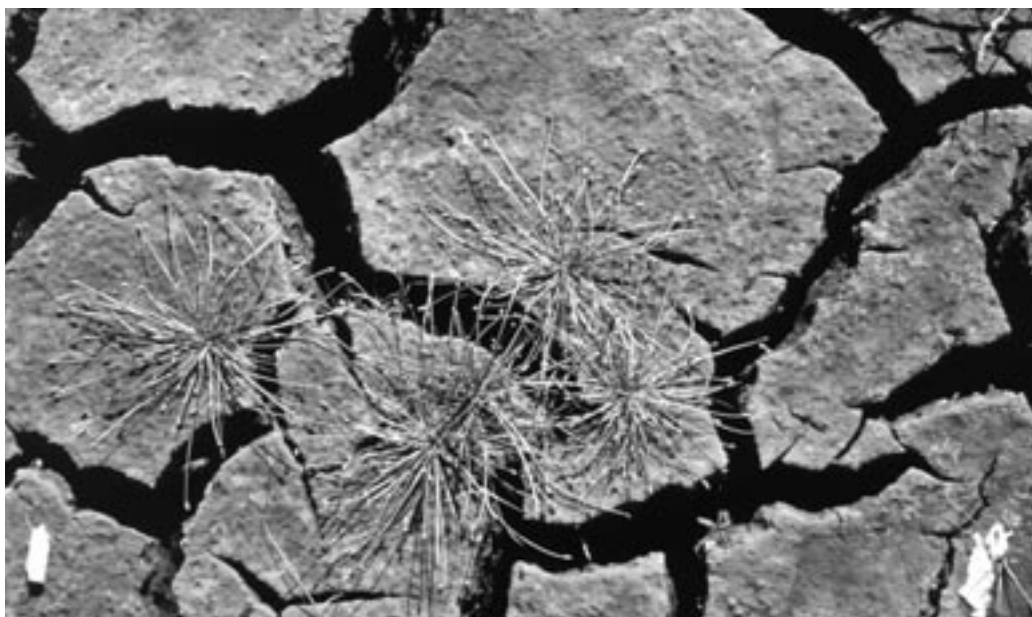
### C•A•Publikationen

Neuerscheinungen 14 + 15

### C•A•Postskriptum

Die dreifache Trans-  
 formation des Irak 16

C•A•Planung 16



Erosion oder Konsolidierung – am Ende leisten nur marktwirtschaftliche Demokratien Stabilität und Wohlstand. Wie Staaten dort ankommen, welche Hindernisse drohen und wie diese zu überwinden sind, zeigt der Bertelsmann Transformation Index 2003. Foto: Europäische Kommission

können, führt ein Ranking die umfassenden Länderanalysen zusammen. Für die Untersuchung wurde ein anspruchsvoller policy-orientierter Ansatz gewählt. Die Präsentation des Index im Mai und die Buchveröffentlichung im Juli zogen dementsprechend großes Interesse auf sich. Der Index misst, wie erfolgreich die Ziele Demokratie und Marktwirtschaft bisher erreicht wurden und mit welchem Geschick und mit welcher Glaubwürdigkeit dieser Wandel in den letzten fünf Jahren verfolgt wurde. Die vergleichende Untersuchung der 116 Entwicklungs- und Transformationsländer lässt dabei erfolgreiche Strategien des Wandels erkennen. Die Ergebnisse erlauben eine wichtige Schlussfolgerung: Es gibt keine erfolgreichen Transformationsprozesse ohne förderliches politisches Management. Mit anderen Worten: Politik zählt! Der BTI ist in zwei Unterbereiche gegliedert: Der Status-Index misst den erreichten Stand von Demokratie und Marktwirtschaft, der Management-Index misst die politische Gestaltungsleistung. 71 der 116 untersuchten Länder sind Demokratien. Während der

Fortsetzung auf Seite 3

## Aufbruch zu neuen Ufern

Das Jahr 2004 ist bisher ereignisreich und schwierig zugleich gewesen – für Deutschland und Europa. Politische Initiativen und Reformschritte, wohin man nur blickt. Während sich Deutschland durch die Agenda 2010, Hartz I bis IV und Innovationsoffensiven aus sklerotischen Verkrustungen zu befreien sucht, bricht mit der unvergleichlichen Erweiterung der Europäischen Union ein neues Zeitalter für den alten Kontinent an. Und: Europa hat eine Verfassung, die nun einen langen und hier und dort sicherlich dornenreichen Weg ihrer Ratifizierung gehen muss. Vielen Unkenrufen zum Trotz: Wenn auch im Detail zweifelsohne unvollendet, ist sie historisch einzigartig. Dies zeigen die Analysen des Centrums für angewandte Politikforschung (C•A•P). Die bisherigen Verträge werden zusammen mit der europäischen Grundrechtecharta in einen einzigen Text mit vier Teilen und insgesamt ungefähr 460 Artikeln überführt. Damit bedeutet die in Brüssel erzielte Einigung nach den Regierungskonferenzen von Maastricht, Amsterdam und Nizza in den Neunziger Jahren eine historische Zäsur in der Geschichte der europäischen Integration zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Auch wenn der erzielte Verhandlungskompromiss in einigen Punkten hinter den Vorschlägen des Europäischen Konvents vom Juni vergangenen Jahres zurück bleibt, so revidiert das finale Ergebnis die größten Fehlentwicklungen des Vertrags von Nizza, erhöht das Integrationsniveau und bindet die Mitgliedstaaten enger zusammen. Das C•A•P ist dabei, die Verfassung in ihrer politischen Substanz umfassend zu prüfen und ihren Werdegang zu dokumentieren. Zum Jahresende werden wir die Publikation „Die Europäische Verfassung in der Analyse“ vorlegen, die eine CD-Rom mit der Verfassung und allen relevanten Dokumenten der Regierungskonferenz und des Konvents enthalten wird. Mit Analyse und Dokumentation führen wir damit die Politikberatung in Sachen Europa kontinuierlich fort, die seit Ende der Achtziger Jahre fester Bestandteil unserer Arbeit ist.

Das C•A•P wird den weiteren Gang der Verfassung kritisch und sorgfältig im Auge behalten, denn nun muss der Text die wohl höchste Hürde erst noch nehmen. Das Inkrafttreten des neuen europäischen Grundlagendokuments setzt seine Ratifikation in allen Mitgliedstaaten voraus. Schert ein Land mit einem negativen Votum aus, wird die Verfassung schnell zur Makulatur. Brisant hierbei ist, dass in einer Reihe von Mitgliedstaaten nationale Referenda stattfinden werden. Zu diesen Ländern gehören Belgien, Dänemark, Großbritannien, Irland und – aller Voraussicht nach – auch Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Polen, Portugal und Spanien. Die Erfahrungen von Dänemark und Irland sowie das zunehmende Gewicht der Euroskeptiker in vielen dieser Staaten nach den jüngsten Europawahlen im Juni lassen nur den Schluss zu, dass ein Scheitern bei einzelnen Volksabstimmungen keineswegs auszuschließen ist.

Doch bei all den Schwierigkeiten im Detail darf man den europäischen Kraftakt der Verfassungsgebung nicht herunterreden, so wie das bei vielen europapolitischen ‚Erbsenzählern‘ derzeit zu hören ist. Zusammen mit dem umstrittenen Entschluss der Europäischen Kommission, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu empfehlen, signalisiert dies einen Aufbruch zu neuen Ufern, die weiter zu befestigen sind. Die Handlungsfähigkeit der EU steht damit als Topthema weiter auf der Agenda. Die Union muss ihre neue Entscheidungsstruktur nach der Ratifikation erproben und ihre Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie ihre wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen der Lissabon-Strategie energischer als bisher entwickeln. Zu alledem bleibt das C•A•P natürlich weiterhin am Ball.



Jürgen Turek  
Geschäftsführer des C•A•P

*Jürgen Turek*

Fortsetzung von Seite 1

regionale Vergleich der Demokratien etwa in Mittel- und Osteuropa die Urteile anderer Untersuchungen meist bestätigt, erlaubt der Blick auf einzelne Länder ein differenziertes Bild. Das Untersuchungs-raster kann erfolgreiche Staaten auch in Regionen entdecken, die oftmals als hoffnungslos gelten. So konnten sich Botswana, Südafrika und Namibia unter den zwanzig erfolgreichsten Staaten etablieren. Die Untersuchung zeigt zudem eindrucksvoll, dass eine solide Marktwirtschaft und Demokratie Hand in Hand gehen. In autoritär regierten Staaten waren Fortschritte in Richtung einer leistungsfähigen marktwirtschaftlichen Ordnung selten zu verzeichnen. Dagegen ist die Marktwirtschaft in den fortgeschrittensten Demokratien am gefestigsten und institutionell abgesichert.

Die politische Gestaltungsleistung auf dem Weg zur marktwirtschaftlichen Demokratie wird im Management-Index durch fünf Kriterien gemessen: Zielsicherheit, effektive Ressourcennutzung, Gestaltungsfähigkeit, Konsensbildung und internationale Zusammenarbeit. Beachtet wird auch der Schwierigkeitsgrad eines Landes. Dies erlaubt, die politische Gestaltungsleistung unter Berücksichtigung der jeweiligen Gestaltungsmöglichkeiten zu messen. Der Management-Index widerlegt vorgefasste Meinungen hinsichtlich bestimmter Regionen und Länder deutlich. Wie hoch die politische Gestaltungsfähigkeit eines Landes sein kann – auch wenn dies gewöhnlich kaum wahrgenommen wird – beweist etwa Mali. Mali ist weltweit eines der ärmsten Länder. Dennoch erreicht es den vierten Platz im Management-Index, da die politische Elite recht erfolgreich ihre Möglichkeiten nutzt.

Die Aktualisierung des Index im zweijährigen Abstand wird positive und negative Veränderungen sichtbar machen und den Index als dauerhafte Informationsquelle für Wissenschaftler, Akteure der Entwicklungsarbeit und Reformer in den Transformationsstaaten etablieren. Die kontinuierliche Messung der Entwicklungsprozesse erlaubt es, beobachtete Trends zu überprüfen und die Effekte der Strategien des Wandels zu ermitteln. Die Ergebnisse des BTI werden ausführlich in der Publikation „Bertelsmann Transformation Index 2003. Auf dem Weg zur marktwirtschaftlichen Demokratie“ (siehe rechts) vorgestellt. Neben einem weltweiten Überblick über Demokratietrends, wirtschaftliche Entwicklung und politische Steuerungsleistungen bietet die Publikation Hintergründe zur Methodik des Rankings und der Auswertung der Ergebnisse. Auf einer beiliegenden CD-Rom sind alle Ländergutachten zugänglich. Weitere Informationen unter [www.cap-lmu.de/aktuell/events/2004/bti\\_praesentation.php](http://www.cap-lmu.de/aktuell/events/2004/bti_praesentation.php) sowie unter [www.bertelsmann-transformation-index.de](http://www.bertelsmann-transformation-index.de).



Die Rankings des BTI: C•A•P-Direktor Professor Werner Weidenfeld und Josef Janning, stellvertretender C•A•P-Direktor.



BERTELSMANN STIFTUNG (HRSG.):  
**Bertelsmann Transformation Index 2003. Auf dem Weg zur marktwirtschaftlichen Demokratie.**

Gütersloh 2004, ISBN 3-89204-728-6, 378 Seiten, 40 Euro



Der BTI wird im zweijährigen Abstand aktualisiert und damit zur dauerhaften Informationsquelle für Wissenschaftler, Akteure der Entwicklungsarbeit und Reformer in Transformationsstaaten. Links: Die ehemalige Bundestagspräsidentin Professor Rita Süßmuth bei der Präsentation des BTI in Berlin. Rechts: C•A•P-Direktor Professor Weidenfeld und Liz Mohn, stellvertretende Vorsitzende des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung, zeigen bei einem Besuch in Sofia dem bulgarischen Ministerpräsidenten Simeon Sakskoburgotski die Ergebnisse des BTI.

# Die Stärken des großen Europa nutzen

Karlspreis-Europa-Forum 2004 in Aachen

Das große Europa nimmt Fahrt auf. Erstmals in der Geschichte des Kontinents ziehen nach der EU-Erweiterung nahezu alle europäischen Staaten an einem Strang, um gemeinsam in eine neue Ära aufzubrechen. Damit befindet sich das große Europa in einer vielversprechenden Ausgangslage. Dieses Potenzial gilt es nun zu nutzen, um den hohen Leistungserwartungen der Bürger an das vereinte Europa gerecht zu werden. Über diese Perspektiven des Integrationsprozesses diskutierten am Vorabend der Verleihung des Karlspreises 2004 an den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Pat Cox, achtzig europäische Spitzenvertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien auf Einladung der Bertelsmann Stiftung und der Karlspreisstiftung im historischen Rathaus von Aachen. Nur wenige Tage nach dem größten Erweiterungsschritt in der Geschichte der Europäischen Union nahmen Teilnehmer aus 15 Ländern am dritten Karlspreis-Europa-



Der Sitzungssaal des historischen Rathauses Aachen.

Forum teil – unter ihnen der ehemalige Ministerpräsident der Niederlande, Wim Kok, der irische Europaminister Dick Roche, der rumänische Minister für Europäische Integration Alexandru Fărcas sowie der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, Martin Schulz.

Als Grundlage für den Gedankenaustausch diente den Teilnehmern ein Impulspapier der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik des C·A·P. Darin werden drei zentrale Prioritäten benannt, die die EU setzen muss, um die vorhandenen Stärken des großen Europa entfalten zu können. Zum einen muss die Europäische Union ihre politische Leistungsfähigkeit effektiver gestalten. Die Verabschiedung der Verfassung markiert dabei noch keineswegs das Ende der Reformgeschichte. Die Union der 25 und bald mehr Mitgliedstaaten erfordert auch ein höheres Maß an aktiver und politischer Steuerung, das über die traditionellen Führungsimpulse des deutsch-französischen Tandems hinausgehen muss. Darüber hinaus gilt es den Lissabon-Prozess umfassend zu reformieren. Mit ihm hat sich die EU auf ihre Fahnen geschrieben, bis 2010 die dynamischste und wettbewerbsfähigste wissensbasierte Ökonomie der Welt zu werden. Im Zuge der für 2005 geplanten Halbzeitbewertung sollten die bestehenden Widersprüche in den Zielvorgaben der Lissabon-Agenda eliminiert, realistischere Fristen gesetzt und klare strategische Prioritäten festgelegt werden. Zu



Martin Schulz, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, beim Karlspreis-Europa-Forum.

guter letzt sollte die Rolle der EU auf europäischer und globaler Ebene neu bestimmt werden. Dabei wird es darum gehen, den neuen Herausforderungen für die Sicherheit der Europäer mit einer umfassenden Strategie zu begegnen. Um die Synergieeffekte gemeinsamen Handelns ausschöpfen zu können und um sich zu einer markanten sicherheitspolitischen Größe zu entwickeln, muss Europa nicht nur ein außen- und sicherheitspolitisches Konzept zu Papier bringen, sondern eine eigene Kultur des weltpolitischen Denkens verinnerlichen. Weitere Informationen unter [www.cap-lmu.de/aktuell/events/2004/karlspreis.php](http://www.cap-lmu.de/aktuell/events/2004/karlspreis.php). Kontakt: Janis Emmanouilidis, E-Mail: [janis.emmanouilidis@lrz.uni-muenchen.de](mailto:janis.emmanouilidis@lrz.uni-muenchen.de).

## Strategien zur Zukunft des Irak – Europäisch-irakischer Dialog in München

Um den Gedankenaustausch zwischen europäischen und irakischen Entscheidungsträgern und Experten zu intensivieren und Strategien für die Zukunft des Irak zu entwickeln, organisierte das C•A•P in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung im Frühjahr einen europäisch-irakischen Dialog. Neben europäischen Wissenschaftlern und Diplomaten waren irakische Repräsentanten aus Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft eingeladen. Die angereisten Gäste repräsentierten ein breites Spektrum der irakischen Gesellschaft: Schiiten und Sunniten, Araber und Kurden, Exilanten und unter dem Regime von Saddam Hussein im Irak Gebliebene. Wie wichtig einigen irakischen Gästen die Teilnahme war, wird deutlich, wenn man bedenkt, unter welchen Schwierigkeiten von manchen die Anreise aus Bagdad unternommen wurde. Der heterogenen Zusammensetzung der Konferenz entsprechend wurde teilweise sehr kontrovers über unterschiedliche Standpunkte und Einschätzungen von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Irak diskutiert. Gerade dieser heftig geführte Dialog ermöglichte vielen der europäischen Teilnehmer einen direkten Einblick in die aktuellen Herausforderungen und Probleme der demokratischen Transformation des Irak.

## Politik in Krisenzeiten – Grenzen des Entscheidungsmanagements

Die Grundvoraussetzungen des Regierens in Deutschland sind brüchig geworden: Tendenzen einer Delegitimierung der Verfassungsorgane, die Gegenwartsfixierung der Parteien und die Lethargie der Bürger sind nur einige der wichtigsten Symptome. Um über „Politik in Krisenzeiten: Grenzen des Entscheidungsmanagements“ zu diskutieren, trafen sich mehr als dreißig Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Medien im Juni in Wildbad Kreuth. Ziel war, nicht allein Krisensymptome zu beschreiben, sondern vielmehr Ansätze zur Überwindung der Politikblockade zu erarbeiten. Ein erstes Panel mit Dr. Manuela Glaab vom C•A•P und dem Fraktionsvorsitzenden der CSU im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, setzte sich kritisch mit Auswegsszenarien auseinander, die institutionelle Reformen eröffnen könnten. Auch die „Machtmakler“ aus Regierungsapparaten in Bund und Ländern sahen die Krise des Entscheidungsmanagements weniger in systemischen als in prozessualen Faktoren begründet. So verwies Dr. Gerd Mielke, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, auf Informationsdefizite, falsche Lösungsstrategien und Kommunikationsschwierigkeiten. Professor Ulrich Sarcinelli von der Universität Koblenz-Landau identifizierte denn auch die „Medien als Teil des Problems und der Problemlösung“. Die Fernsehjournalisten Bettina Schausten (ZDF) und Frank Plasberg (WDR) übten Selbstkritik, betonten aber, dass „Journalisten nicht der Reparaturbetrieb der Politik“ sein könnten. Dr. Lothar Probst von der Universität Bremen sah schließlich Krisenkomponenten in der politischen Kultur in Deutschland. Frage man nämlich, welches Krisenmanagement die Bürger wollten, so stoße man auf Paradoxien. Konsequentes Festhalten an Entscheidungen, mehr Transparenz gerade bei Reformdialogen, Professionalität im Umgang mit den Medien, mehr Sach- als Machtpolitik, Rückbesinnung auf die Qualitäten der parlamentarischen Demokratie: Die Wege aus der Krise sind – wie die Tagung herausarbeitete – selbst in Zeiten der Knappheit zahlreich. Die Forschungsgruppe Deutschland veranstaltete die Tagung zusammen mit Professor Karl-Rudolf Korte von der Universität Duisburg-Essen und der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitere Informationen unter [www.cap-lmu.de/aktuell/events/2004/kreuth\\_politikkrise.php](http://www.cap-lmu.de/aktuell/events/2004/kreuth_politikkrise.php).



Ein amerikanischer Soldat zählt konfiszierte Waffen in Nadschaf. Über die Zukunft des Landes und wie lange die Präsenz amerikanischer Truppen noch notwendig sein wird ...  
Foto: US Department of Defense



... diskutierten am C•A•P irakische und europäische Politiker, Diplomaten, Wissenschaftler und Vertreter der Zivilgesellschaft.

## „Expertengruppe ukrainische Präsidentschaftswahlen 2004“



Seit August 1991 ist die Ukraine unabhängig – seit dem zehnjährigen Jubiläum wacht die Unabhängigkeitssäule über den Dächern der Hauptstadt Kiew.



Der Marienpalast hoch über dem Ufer des Dnjeprs – heute Gästehaus der ukrainischen Regierung.

Die ukrainische Bevölkerung bestimmt in zwei Wahlgängen im Oktober und November einen neuen Präsidenten. Da der Amtsinhaber Leonid Kutschma nach zwei Amtsperioden qua Verfassung kein drittes Mal kandidieren darf, muss es – vorausgesetzt, die Verfassung wird eingehalten – zu einer Neuverteilung der politischen Macht im Land kommen. Mit den Präsidentschaftswahlen verbindet sich die Hoffnung, den unter Kutschma entstandenen Reformstau überwinden und gezielt einzelne Reformschritte weiterführen zu können. Die derzeitigen Spitzenkandidaten sind der amtierende Premierminister Viktor Janukowitsch sowie der als Reformers geltende Viktor Juschenkow. Wenn es dem neuen Präsidenten gelingt, die Korruption abzubauen, die Pressefreiheit zu stärken und das institutionelle Handeln zu verbessern, dann eröffnen sich für die Ukraine europäische Perspektiven. Dies würde aber auch bedeuten, die politische Macht stärker an den Interessen der Bevölkerung auszurichten als an den Herrschaftsinteressen mächtiger wirtschaftlicher und regionaler Gruppen.

Während in wissenschaftlichen und politischen Debatten zu Beginn des Transformationsprozesses freie, faire und geheime Wahlen noch als Garant für erfolgreiche Reformen eingestuft wurden, zeigen sich zehn Jahre später die Grenzen dieses „Erfolgsrezeptes“. Wahlen können eben auch zur Verfestigung von Reformdefiziten beitragen, anstatt diese zu beseitigen.

Um die Auswirkungen der ukrainischen Präsidentschaftswahlen auf die künftige Transformation einschätzen zu können, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung in Kiew zusammen mit dem C·A·P die „Expertengruppe ukrainische Präsidentschaftswahlen 2004“ ins Leben gerufen. Zehn ukrainische und deutsche Experten beobachten seit letztem Dezember den ukrainischen Wahlkampf. Ihr Fokus richtet sich auf die gegenwärtigen Debatten, das Wahlsystem zu ändern, aber auch auf den Einfluss von Interessengruppen, auf die Orientierung und die Abhängigkeiten der Ukraine von Russland und vom Westen sowie auf die Ansätze für ein leistungsfähigeres Politikmanagement. Ziel der

Arbeitsgruppe ist, dem neuen ukrainischen Präsidenten Politikempfehlungen für effektives Reformhandeln überreichen zu können. Diese Empfehlungen sollen Anhaltspunkte für weitere marktwirtschaftliche Reformen und für politische Demokratisierung geben. Zusätzlich wird die Expertengruppe aber auch Empfehlungen für eine ebenso realistische wie effektive Ukrainepolitik des Westens erarbeiten.

## Roundtable „Rethinking the Balkans“

Wie kann die EU für die Länder des Balkans, die langfristig der EU beitreten wollen, realistische Zwischenschritte entwickeln, die den gesamten Prozess der Stabilisierung, Transformation und Integration unterstützen und durch konkrete Zielvereinbarungen zu Reformen anspornen? Im Juni trafen sich in Berlin renommierte Politiker, Denker und Beobachter aus den Ländern des westlichen Balkans. Bertelsmann Stiftung, C·A·P und der Planungsstab des Auswärtigen Amtes hatten den Roundtable „Rethinking the Balkans“ als Fortsetzung zweier früherer Konferenzen zu strukturellen und strategischen Fragen der europäischen Balkanpolitik organisiert. Ein Konferenzbericht erscheint Ende diesen Jahres.

# Erfolgsfaktor Konfliktkompetenz

**K**onflikte gehören zum beruflichen Alltag. Sie treten regelmäßig und auf allen Hierarchieebenen auf. Der Versuch, sie zu vermeiden, heißt oft nur, sie zu verdrängen. Die Konsequenz: Schwelende Konflikte blockieren die Kreativität und vermindern die Leistungsfähigkeit. Doch de facto bergen Konflikte ein hohes unternehmerisches Potenzial. Werden sie von den Mitarbeitern eigenverantwortlich und ebenso bedürfnis- wie lösungsorientiert angegangen, erhöhen sie nicht nur die persönliche Zufriedenheit und verbessern damit die Atmosphäre im Team. Sie gewährleisten auch, dass ungewöhnliche Ideen und Verbesserungsvorschläge die Motivation der Mitarbeiter und die gesamte Produktivität erhöhen.

Die „Akademie Führung & Kompetenz“ am C·A·P bietet verschiedene Seminarkonzepte an, die ein gemeinsames Ziel haben: die Bereitschaft der Teilnehmer zu erhöhen, Konflikte anzusprechen und gemeinsam kreative Lösungen zu finden. Die Seminare beinhalten kognitive, spielerische und biografische Elemente und setzen auf das Überraschungsmoment. Methoden der konstruktivistischen Erwachsenenbildung und provokative Moderation, die herausfordert, ohne bloßzustellen, erlauben es den Teilnehmern, ihre Deutungs- und Handlungsmuster im Konfliktfall zu erkennen und auf ihre Tauglichkeit zu überprüfen. Welche Muster sind dabei gemeint? Es gibt zum einen die Gruppe der Teilnehmer, die sehr kompromissbereit ist und im Konfliktfall dazu neigt, sich selbst zu sehr einzuschränken. Manche Teilnehmer entscheiden gerne für andere, weil die meisten Leute ja angeblich doch nicht wissen, was sie wollen oder was gut für sie ist. Wieder andere verhalten sich bei Entscheidungen zu abwartend und riskieren, nicht beteiligt zu werden. Manche Teilnehmer sind bereit, Verantwortung zu übernehmen, fühlen sich aber oft bei der Umsetzung ihrer Entscheidungen alleine gelassen. Wieder andere würden es gerne allen recht machen, scheitern aber an Zeitvorgaben oder dem Motivationsmangel der anderen.

Im Juli testete eine Gruppe von Führungskräften aus verschiedenen Branchen ein Seminarkonzept, das die Vorteile der Verknüpfung von Bedürfnis- und Lösungsorientierung erfahrbar macht. Mit Hilfe der speziellen Konflikt-Dilemma-Methode und dem Vier-Schritte-Modell des israelischen Adam-Instituts wurden außerdem neue, konkrete Instrumente der Konfliktregelung vorgestellt und eingeübt. Einige Zitate aus dem Antwortbogen zum Testseminar: „Ein spannender Ansatz, der Erkenntnisse über das eigene Handeln als Individuum und in der Gruppe kombiniert.“ – „Gerade meine Fraktion, die Dominanten, (...) können ab und an mal etwas verkraften, was die Akzeptanz für eine andere Meinung schärft. Insbesondere das ‚Ausleuchten‘ der Ziele der Anderen war für mich interessant.“ – „Der Ansatz, autonom mit Konflikten umzugehen (ohne Mediator) passt sehr gut zur Position von Führungskräften, wenn es um Beziehungen zwischen Führungskraft und Mitarbeiter geht. Für Konflikte in Teams könnte ich mir das Training auch vorstellen.“ Das komplette Ergebnis der Evaluation des Testseminars sowie weitere Informationen zum Thema „Erfolgsfaktor Konfliktkompetenz“ und Termine erfahren Sie unter [www.cap-akademie.de](http://www.cap-akademie.de) oder bei Susanne Ulrich, Leiterin der „Akademie Führung & Kompetenz“, Tel. 089 – 2180 1335.



Konfliktverhalten lässt sich in immer wiederkehrende Handlungsmuster einteilen. Susanne Ulrich, Leiterin der „Akademie Führung & Kompetenz“.



Kreative Übung: Die Ressourcen werden knapp – wie einigen sich die Teilnehmer?

## Vierter Transatlantic Editors' Roundtable

Zu dem Zeitpunkt, als sich die amerikanische Außenpolitik neu orientierte in Richtung mehr internationale Kooperation, veranstaltete das Centrum für angewandte Politikforschung zusammen mit der Zeitschrift „Foreign Affairs“ den vierten Transatlantic Editors' Roundtable. Im April trafen sich Herausgeber der führenden Fachzeitschriften über transatlantische Beziehungen in New York, um sich über den Dialog und mögliche Kooperationsformen zwischen den Journalen auszutauschen und um die brennendsten Punkte der politischen Agenda innerhalb der transatlantischen Beziehungen zu diskutieren. Bei der ersten Vortrags- und Diskussionsrunde der Konferenz unter der Leitung von James Hoge, Herausgeber von „Foreign Affairs“, und Professor Weidenfeld, Direktor des C·A·P und Herausgeber von „Internationale Politik“, standen dabei die gemeinsame Sicherheitspolitik und der Irak im Vordergrund. Innerhalb der folgenden Diskussion um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Dimension der Beziehungen unterstrichen die Redner die Bedeutung eines gemeinsamen Aktionsplanes. Josef Janning, stellvertretender Direktor des C·A·P, mahnte im dritten Panel eine entschieden effektivere Außen- und Sicherheitspolitik Europas an, wolle die EU als globaler Akteur ernst genommen werden.

Beim diesjährigen Roundtable im Rahmen des C·A·P-Programms „Improving Responsiveness“ fanden sich Referenten ein von Richard Haass, Präsident des Council on Foreign Relations, bis Gunter Pleuger, deutscher Vertreter bei der UNO und zu diesem Zeitpunkt Präsident des UN-Sicherheitsrates. Der Roundtable war der vierte seiner Art und wird vom German Marshall Fund unterstützt. Weitere Informationen unter [www.cap-lmu.de/transatlantic/topics/editors4.php](http://www.cap-lmu.de/transatlantic/topics/editors4.php).

## Keine Resignation: Engagierte Jugend in Mittel- und Osteuropa

Dem diesjährigen Renovabis-Kongress „Zwischen Hoffnung und Resignation – Jugend in Mittel- und Osteuropa“ ging erstmals ein Jugendworkshop voraus, der sich mit den Herausforderungen der EU-Integration für junge Menschen in den MOE-Staaten beschäftigte. Anlass war die Erweiterung der Europäischen Union. Die Forschungsgruppe Jugend und Europa (FGJE) am C·A·P erstellte für Renovabis Inhalte und Konzept des Workshops. Unter dem Titel „Vision Europa“ diskutierten Jugendliche aus Mittel- und Osteuropa ihre Hoffnungen, Ziele und Forderungen für die künftige EU. Nach einer Woche intensiver Arbeit stellten die Teilnehmer des Workshops ihre Ergebnisse zu Beginn des Renovabis-Kongresses in Form einer Multimedia-Präsentation vor. Sie konnten damit wichtige Impulse für den weiteren Verlauf des Kongresses geben, an dem 400 Personen teilnahmen, darunter hochrangige Personen aus Kirche, öffentlichem Leben und Politik. Weitere Höhepunkte des Kongresses waren die Eingangsrede von Kardinal Meisner und Bundesjugendministerin Renate Schmidt sowie das Schlusswort von Professor Wladyslaw Bartoszewski, dem ehemaligen polnischen Außenminister. Den

Workshop, der dem Renovabis-Kongress vorausging, leiteten Eva Feldmann und Tamir Sinai von der FGJE. Renovabis ist die Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa. Der Kongress fand Anfang September in Freising bei München statt. Weitere Informationen unter [www.renovabis.de/aktuell/renovabis\\_kongress\\_2004.shtml](http://www.renovabis.de/aktuell/renovabis_kongress_2004.shtml) und unter [www.fgje.de](http://www.fgje.de).



Der ehemalige polnische Außenminister Professor Wladyslaw Bartoszewski mit Teilnehmerinnen des Jugendworkshops „Vision Europa“.  
Foto: Tlinzka



## Va male – schlecht geht's!

Obwohl Deutschland und Italien Grundsteine der europäischen Integration gelegt haben, steht es unter dem Aspekt der deutsch-italienischen Beziehungen schlecht um Europas Zukunft. Dies stellten Politiker, Journalisten und Wissenschaftler aus Deutschland und Italien auf dem europapolitischen Strategiedialog „Va bene – Europa verstehen: Italien“ im Juli fest, den die Bundeszentrale für politische Bildung und das C•A•P gemeinsam veranstalteten. Furio Cerutti, Professor für Politische Philosophie an der Universität Florenz, sah sowohl die italienische als auch die deutsche Regierung geschwächt: Die Europafeindlichkeit des Koalitionspartners Lega Nord mache europapolitische Initiativen Roms unmöglich, während die Orientierung Berlins an Paris den Aufbau einer sicherheitspolitischen Alternative zu den USA verhindere. Franco Algieri vom C•A•P identifizierte für Italien und Deutschland eine ungefähr identische Konfliktlandkarte. Für eine erfolgversprechende europäische Sicherheitspolitik setzte er ein „Trirectoire“ aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien voraus. Die EU sei seit der Europäischen Sicherheitsstrategie keine Zivilmacht mehr, sondern müsse global militärisch aktiv werden können. Für Italien sah Algieri die Gefahr der Marginalisierung: Die einseitige Bindung an die USA habe Rom in eine sicherheitspolitische Sackgasse gebracht. Gianni Bonvicini, Direktor des Istituto Affari Internazionali in Rom, sagte, in Italien sei es schwieriger, die traditionelle Europapolitik weiterzuführen. Der deutsch-französische Unilateralismus während der Irak-Krise habe das europapolitische Vertrauensverhältnis weitgehend zerstört und das Potenzial für neue Initiativen konsumiert. Damit sei der klassische „Integrationskern Europas zerbrochen“. Weitere Informationen zum Strategiedialog unter [www.cap-lmu.de/aktuell/events/2004/vabene.php](http://www.cap-lmu.de/aktuell/events/2004/vabene.php).



Stagniert die europäische Integration, weil Deutschland und Italien nicht genügend zusammenarbeiten? Franco Algieri vom C•A•P und Gianni Bonvicini, Direktor des Istituto Affari Internazionali in Rom (v.l.).

## „Erneuerung und Geschlossenheit“

Seit 47 Jahren stellt die CSU in Bayern den Ministerpräsidenten. Parteienforscher Dr. Andreas Kießling von der Forschungsgruppe Deutschland am C•A•P hat jüngst die umfassendste wissenschaftliche Analyse der CSU seit Ende der Siebziger Jahre vorgelegt (siehe Seite 15). C•A•P-Analyst sprach mit Kießling über die Besonderheiten der Partei.

*Was unterscheidet die CSU von anderen Parteien?*

Der scheinbar immerwährende Wahlerfolg. Jahrzehntlang war dies vor allem mit Asymmetrien im bayerischen Parteienwettbewerb zu erklären. Das Image der CSU als der konservativen und christlichen „Staatspartei“ fügt sich nahtlos in das Weltbild der meisten der katholisch geprägten, regional verwurzelten Bayern ein. Heute gibt es jedoch vermehrt Wechselwähler im Freistaat. CSU-Mehrheiten sind deshalb weniger denn je gottgegeben.

*Was sind dann die neuen Erfolgsbedingungen der CSU?*

Seit dem Tod von Strauß gab es zahlreiche Krisen, etwa den Ansehensverlust durch die Amigo-Affäre 1993. Was die CSU auszeichnet, ist die enorme Selbstregenerationsfähigkeit durch den Wettbewerb von innerparteilichen Machtzentren, der gleichzeitig von der eigenen Organisationskultur gezähmt wird. So sichert sie sich die scheinbar widersprüchlichen Grundlagen für Wahlerfolge: Innerparteiliche Erneuerung und Geschlossenheit.

*Welcher Partei wird der Ministerpräsident in 47 Jahren angehören?*

Trotz ihrer Vorteile hat die CSU Probleme. Allerdings geht für absehbare Zeit von der SPD keine Gefahr aus. Die Grünen sind die eigentliche bayerische Opposition. Insgesamt verfügt die CSU über ausreichend Machtressourcen, so dass sie ihren Erfolg nur selbst gefährden kann. Wie das geht, ist in München gut zu beobachten.



Parteienforscher Dr. Andreas Kießling von der Forschungsgruppe Deutschland am C•A•P.

## Transatlantisches Zwiegespräch

Wie steht es derzeit tatsächlich um die transatlantischen Beziehungen? Welche strategischen Herausforderungen gibt es und welche Positionen beziehen die Gesellschaften in den USA und in Deutschland dazu? Diese Fragen wurden beim Dialog für junge Transatlantiker am Centrum für angewandte Politikforschung im Mai erörtert. Im Rahmen des Transatlantik-Programms „Improving Responsiveness“ lud das C•A•P

zusammen mit dem amerikanischen Generalkonsulat in München rund vierzig junge Vertreter aus Universitäten, Unternehmen, Thinktanks und Medien zum Gespräch ein. In Schwung gebracht wurde die Diskussion durch zwei junge Experten auf dem Gebiet der transatlantischen Beziehungen, Julianne Smith vom Center for Strategic and International Studies und Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, Bundestagsabgeordneter der CSU. Hochkarätige Diskutanten waren der amerikanische Botschafter Daniel Coats und der Generalkonsul in München, Matthew Rooney. Im Laufe der Diskussion wurden verschiedene Problemfelder der transatlantischen Beziehungen deutlich; eine der Haupt Sorgen war dabei die öffentliche Meinung zur transatlantischen Zusammenarbeit. Das mangelnde Einwirken der politischen Elite und der

Meinungsbildner zugunsten der transatlantischen Beziehungen stelle für die Zukunft der Partnerschaft eine Gefahr dar, da sich die junge Generation durch eine deutlich pragmatischere Herangehensweise auszeichne, so ein Ergebnis. Der German Marshall Fund unterstützte die Veranstaltung.



Wie entwickeln sich die transatlantischen Beziehungen? Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, Bundestagsabgeordneter der CSU, Professor Werner Weidenfeld, Direktor des C•A•P, Julianne Smith vom Center for Strategic and International Studies und Matthew Rooney, amerikanischer Generalkonsul in München (v.l.).

## Europapolitische Bilanz in Kloster Seeon

Zum sechsten Mal versammelte die SommerAkademie Europa mehr als vierzig Nachwuchsführungskräfte in Kloster Seeon. An fünf Tagen im August diskutierten die Teilnehmer über eine EU, die vor allem von innenpolitischen Krisen gekennzeichnet ist, welche auf europäischer Ebene als politische Führungsschwäche durchschlagen. Die Europäische Union befindet sich in einer Phase der Schwäche und Desorientierung, so ein Ergebnis der SommerAkademie. Auch nach der Irak-Krise und dem Verfassungskompromiss ist „Europa machen“ nicht leichter geworden: Die EU entwickelt sich ständig weiter, und dazu gehören auch Konflikte. An der Bruchstelle zwischen Gemeinschaftsmethode und intergouvernementalem Regieren kommt es zur offenen Konfrontation zwischen den europäischen Organen, wie im Falle des Defizitverfahrens gegen einige Euro-Staaten. Beim europäischen Verfassungsvertrag zeigte sich, dass dessen Bedeutung vom jeweiligen Blickwinkel abhängt: Was für die einen ein Misserfolg ist, gilt bei anderen als große Chance. Die

Verfassung gibt so verschiedenen Akteuren wie der britischen Unterhausabgeordneten und ehemaligem Konventspräsidiumsmitglied Gisela Stuart und dem deutschen Konventsvertreter und CDU-Bundestagsabgeordneten Peter Altmaier ein gemeinsames Fundament für Europa. Allerdings wird das Regieren in der EU 25 komplexer: Es könne, so Gisela Stuart, nicht mehr nur „das Europa sein, was Deutschland und Frankreich machen, so lange Großbritannien nichts dagegen sagt.“ Weitere Informationen unter [www.cap-lmu.de/aktuell/events/2004/sommerakademie.php](http://www.cap-lmu.de/aktuell/events/2004/sommerakademie.php).



Erfolg oder Misserfolg? Die ehemaligen Konventsmitglieder Peter Altmaier und Gisela Stuart diskutieren über den europäischen Verfassungsvertrag.



## „A European Defence Strategy“ – Strategiepapier der Venusberg Gruppe

Wie muss die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) aussehen, damit die EU den globalen Herausforderungen begegnen kann? Im Rahmen eines Gemeinschaftsprojekts des C•A•P mit der Bertelsmann Stiftung stellte die Venusberg Gruppe Ende Mai in Brüssel ihr neues sicherheitspolitisches Strategiepapier „A European Defence Strategy“ vor. Aufbauend auf der Europäischen Sicherheitsstrategie wird erklärt, wann, wo, weshalb und wie die EU als umfassender internationaler Akteur wirken soll. Dazu bedarf es einer eindeutigen militärischen Aufgabenliste, um die ESVP zu einer „strategischen ESVP“ auszubauen. Ziel ist es, die EU bis 2015 in die Lage zu versetzen, alle sicherheitspolitischen Aufgaben übernehmen zu können. Das Zusammenwirken Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens wird dabei von zentraler Bedeutung sein. Ein neu einzurichtender EU-Sicherheitsrat soll die politische Legitimität und die sicherheitspolitische Effektivität gewährleisten. Die Venusberg Gruppe hat ihre Ergebnisse auch in Berlin, London und Washington vorgestellt, Paris und Wien folgen. Die bisherigen Diskussionen zeigen, dass eine deutliche Erwartungshaltung hinsichtlich der sicherheitspolitischen Rolle der EU besteht. Dies kann nicht ohne Auswirkungen auf die Nato bleiben. Das Strategiepapier ist online unter [www.cap-lmu.de/publikationen/2004/venusberg.php](http://www.cap-lmu.de/publikationen/2004/venusberg.php) erhältlich.



„What ‚Finalité‘ for European Defence“?  
Julian Lindley-French, John Koenig,  
Annette Heuser, Christoph Heusgen und  
Franco Algieri (v.l.).

## Allianz Summer Academy im Kloster Irsee

Zukunftsfragen Europas standen auf dem Programm der Allianz Summer Academy 2004, die unter der Überschrift „Re-Inventing Europe: New Generations Set their Agenda“ Ende Juli im schwäbischen Kloster Irsee tagte. Studenten der LMU München, der Karls Universität Prag, der London School of Economics, des Institut d’Etudes Politiques Paris und der Universität Madrid bauten hier ihre Europakompetenz aus. In München bereitete sich das fünfköpfige Team von Studenten des Geschwister-Scholl-Instituts für Politische Wissenschaft unter Leitung von Dr. Manuela Glaab vom C•A•P über mehrere Monate intensiv auf die Sommerakademie vor, machte Zukunftsfragen aus, präsentierte Positionen und entwickelte Policy Guidelines. Praxiseinsichten aus Wirtschaft und Politik brachten Dr. Henning Schulte-Noelle von der Allianz Group und Sylvie Goulard von der Europäischen Kommission ein. Defizite erkannten die Studenten vor allem auf dem Gebiet einer europäischen Citizenship: Nur wenn die Bürger näher an Europa herangeführt werden, mithin eine europäische Identität entwickeln, lasse sich der Integrationsprozess erfolgreich fortschreiben. Die Stärkung der Zivilgesellschaft wurde daher ebenso als notwendig erachtet wie gemeinschaftliche Anstrengungen im Bereich der Bildungs- und Kommunikationspolitik. Unter Leitung von Professor Robert Picht vom Europa Kolleg Brügge wurden die Arbeitsergebnisse abschließend in ein gemeinsames Memorandum gebündelt, abrufbar unter [www.allianz-kulturstiftung.de/allianz\\_dt/bildung/bildung1.htm](http://www.allianz-kulturstiftung.de/allianz_dt/bildung/bildung1.htm). Das C•A•P ist Partner dieses von der Allianz Kulturstiftung geförderten internationalen Forums.



Neue Policy Guidelines: Teilnehmer der  
Allianz Summer Academy.

## Spuren der Außenpolitik der DDR

Waren die Beziehungen zwischen Bonn und Prag zur Zeit des Eisernen Vorhangs spannungsreich, so herrschte auch zwischen Ost-Berlin und Prag niemals ein uneingeschränktes Vertrauensverhältnis. Die Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und der DDR waren keinesfalls „sozialistisch brüderlich“. Vor allem der Anspruch der DDR, in allen deutschlandpolitischen Fragen sowie in Fragen der bilateralen Beziehungen zwischen Prag und Bonn die Richtung vorzugeben, wurde in der Tschechoslowakei nicht selten als Bevormundung interpretiert. Die Spuren der Außenpolitik der DDR in den gegenwärtigen deutsch-tschechischen Beziehungen zu identifizieren, war Ziel einer von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur geförderten Tagung der Forschungsgruppe Deutschland des C•A•P in Zusammenarbeit mit der Brücke/Most-Stiftung Dresden und Prag.

Dass sich die weitere Forschung lohnt, untermauerte Dr. Michael Weigl von der Forschungsgruppe Deutschland mit dem Hinweis auf eine aktuelle Meinungsumfrage, wonach die Nachbarschaft zu Deutschland bei den Einwohnern der tschechischen Grenzregion zu Sachsen mehr Ängste hervorruft als bei den nahe der bayerischen Grenze lebenden Bürgern. Grund hierfür sei unter anderem, dass das Verhältnis zwischen Sachsen und Tschechen durch rund vierzig Jahre spannungsreicher Nachbarschaft als „sozialistische Bruderstaaten“ getrübt sei, welche für das bayerisch-tschechische Verhältnis keine Rolle spielten. Dass sich im Laufe der Nachbarschaft von DDR und Tschechoslowakei auch Vorurteile verfestigten, bedeute eine Hypothek, mit der die sächsisch-tschechische Nachbarschaft belastet sei. Weitere Informationen unter [www.cap-lmu.de/aktuell/events/2004/dresden\\_nachbarschaft.php](http://www.cap-lmu.de/aktuell/events/2004/dresden_nachbarschaft.php).

## Neuer Online-Auftritt des C•A•P

Seit Oktober präsentiert sich das C•A•P online mit neuen Funktionen und in einem neuen Design. Der Internetauftritt des C•A•P wird nun mit Hilfe eines „Content Management Systems“ erstellt: Dies ermöglicht eine strikte Trennung zwischen redaktionellen Inhalten, Layout und Programmierung. Die Website wird auf dem Webserver [www.cap-lmu.de](http://www.cap-lmu.de) erst im Moment der Betrachtung durch den Nutzer dynamisch aus einer Datenbank generiert. Durch die Zuweisung von Kategorien zu Berichten, Meldungen, Positionen, Presseartikeln oder Publikationen vernetzen sich die verschiedenen Rubriken der Website – „Aktuell“, „Themen“, „Projekte“, „Publikationen“, „Über das C•A•P“ – selbstständig untereinander. So können Themendossiers durch Filterung des Datenbestands effizient zusammengestellt oder neu eingestellte Analysen automatisch auf der persönlichen Homepage des Autors gelistet werden. Ein weiteres Feature: Geschulte Redakteure können via Internet von jedem Ort und zu jeder Zeit auf die redaktionellen Inhalte der Homepage zugreifen.

Der Umstieg auf ein solches System wurde notwendig, da sich auf der C•A•P-Website seit dem Jahr 2000 mehr als tausend Internet-Dokumente angesammelt haben und bis zu 25.000 User monatlich die Seite besuchen. Letztes Jahr wurden mehr als eine Million Seitenabrufe dokumentiert. Die Website des C•A•P ist damit zu einem wichtigen Vermittlungs- und Dokumentationsinstrument im Rahmen der Projektaktivitäten des Instituts geworden. Die neue Website wurde vom Münchner Medienbüro Teuthorn & Meyer [meteme.de] entwickelt.



Die neue Website des C•A•P:  
[www.cap-lmu.de](http://www.cap-lmu.de).

## C•A•P verstärkt Nahost- und China-Engagement



Die EU wird für die sechs Scheichtümer am Golf – Saudi-Arabien, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain, Katar und Oman – als Partner und Modell immer attraktiver. Auf Einladung besuchten C•A•P-Direktor Professor Werner Weidenfeld und Josef Janning, stellvertretender Direktor des C•A•P, im Frühjahr die Region (Bild links, mit Abdulaziz Sager, Chairman des GRC – Gulf Research Center). Professor Weidenfeld erläuterte am GRC in Dubai die Konturen, Chancen und Probleme der erweiterten Union. C•A•P und GRC beschlossen eine stärkere Zusammenarbeit und konzipieren ein Modellprojekt zur Ausbildung von Diplomaten.

In Peking bauten das C•A•P und das Center for European Studies an der Renmin Universität ihre seit fünf Jahren bestehende Zusammenarbeit weiter aus. Geplant sind ein mehrjähriges gemeinsames Forschungsprojekt, der Aufbau eines neuen Studiengangs zur europäischen Integration sowie die chinesische Neuauflage des Lexikons „Europa von A bis Z“ und erstmals auch eine chinesische Ausgabe des „Europa-Handbuchs“ (Bild rechts, Professor Weidenfeld, Song Xinning, Direktor des Center for European Studies an der Renmin Universität, und Franco Algieri, Asien-Experte am C•A•P). Professor Weidenfeld, Franco Algieri und Josef Janning hielten Vorträge und führten Gespräche mit Wissenschaftlern und Studierenden an der Renmin Universität, am Institut für Weltentwicklung und am China Institute of Contemporary International Relations.

**Dr. Claus Giering**, Leiter des Projekts Systemwandel, und **Dr. Wim van Meurs**, Mittel- und Osteuropa-Experte, haben das C•A•P verlassen. Claus Giering verstärkt die Generaldirektion Unternehmen der Europäischen Kommission, Wim van Meurs hat an der Radboud-Universität Nijmegen die Dozentur für europäische Zeitgeschichte und Politik inne. Außerdem wurde er in das Präsidium der Südosteuropa-Gesellschaft in München berufen.

Seit Juli arbeitet **Simone Dietrich** in der Forschungsgruppe Zukunftsfragen am C•A•P zu den Themen Zukunftsforschung und Wandel der Gesellschaft. Seit September ist der Nahost-Experte **Professor Giacomo Luciani** Gast am C•A•P. Giacomo Luciani ist Professor für politische Ökonomie und Co-Direktor des Mediterranean Programme am European University Institute in Florenz, außerdem Professional Lecturer an der Johns Hopkins University in Bologna. In München wird er ein halbes Jahr über die Beziehungen Europas zum Nahen Osten, insbesondere zu den Staaten der Golfregion, arbeiten.

Der rumänische Staatspräsident Ion Iliescu hat C•A•P-Direktor **Professor Werner Weidenfeld** mit dem „Orden für treue Dienste“ (Ordinal Serviciul Credincios) im Grade eines Kommandeurs ausgezeichnet. Damit werden seine Verdienste gewürdigt, dem Land nach dem Sturz des Ceausescu-Regimes wieder in die demokratische Staatenwelt zurück zu helfen. Professor Weidenfeld wirkt bis heute daran mit, ein Netzwerk zwischen internationalen Kooperationspartnern und der rumänischen Regierung zu schaffen, das die Transformation des Landes zu Marktwirtschaft und Demokratie unterstützt und den Weg in die Europäische Union ebnet.

Außerdem ist Professor Weidenfeld seit April Nachfolger von Gerd Schulte-Hillen im Board der Koteret Journalistenschule in Tel Aviv. Die Bertelsmann Stiftung unterstützt die Schule bei Ausbildung, Management und Finanzierung.

## Gäste am C•A•P



Den Austausch über europäische Fragen suchten in den vergangenen Monaten am C•A•P mehrere Spitzen-Diplomaten: Daniel Coats, Botschafter der USA (siehe Seite 10), der chinesische Botschafter a.D. Professor Zhaorong Mei, der schwedische Botschafter Carl Tham (siehe Foto unten mit C•A•P-Geschäftsführer Jürgen Turek beim Eintrag in das C•A•P-Gästebuch) und Ampalavanar Selverajah, Botschafter der Republik Singapur.

Als Gäste referierten u.a. Shigeo Katsu (Foto oben), als Vize-Präsident der Weltbank zuständig für Europa und Zentralasien, außerdem Dr. Gerhard Sabathil, Leiter der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland, und Eberhard Sinner, Staatsminister für Europaangelegenheiten in der Bayerischen Staatskanzlei.





WERNER WEIDENFELD / WOLFGANG  
WESSELS (HRSG.):  
**Jahrbuch der Europäischen  
Integration 2003/2004**  
Baden-Baden 2004, ISBN 3-8329-  
0968-0, 524 Seiten, 49 Euro



WERNER WEIDENFELD (HRSG.):  
**Europa-Handbuch.**  
**Band 1: Die Europäische Union  
– Politisches System und  
Politikbereiche.**  
**Band 2: Die Staatenwelt  
Europas.**  
Gütersloh 2004, ISBN 3-89204-  
769-3, 1238 Seiten, 44 Euro



W. WEIDENFELD / C. KOCH-WESER /  
C. F. BERGSTEN / W. STÜTZLE / J.  
HAMRE (HRSG.):  
**From Alliance to Coalitions –  
The Future of Transatlantic  
Relations.**  
Gütersloh 2004, ISBN 3-89204-  
762-6, 349 Seiten, 30 Euro

## Jahrbuch der Europäischen Integration

Das Jahrbuch der Europäischen Integration des Instituts für Europäische Politik in Berlin dokumentiert und bilanziert seit 1980 zeitnah und detailliert den europäischen Integrationsprozess. Entstanden ist eine einzigartige Dokumentation der europäischen Zeitgeschichte. Das Jahrbuch der Europäischen Integration 2003/2004 führt diese Tradition fort. In mehr als achtzig Beiträgen zeichnen die Autorinnen und Autoren in ihren jeweiligen Forschungsschwerpunkten die europapolitischen Ereignisse des Berichtszeitraums 2003/2004 nach und informieren über die Arbeit der europäischen Institutionen und die Entwicklung der einzelnen Politikbereiche der EU – von der Agrar- bis zur Wirtschaftspolitik. Die Europapolitik jedes der 25 Mitgliedstaaten der EU wird nachgezeichnet, ebenso wie Europas Rolle in der Welt. Schwerpunkte dieses Jahrbuchs bilden die beiden großen Themen der EU: die Erweiterung zu einer EU der 25 und mehr Mitgliedstaaten sowie die Europäische Verfassung.

## Europa-Handbuch

Wer in Europa über Europa mitreden will, braucht fundierte Informationen und Analysen. Das Europa-Handbuch bietet einen strukturierten Überblick über die zentralen europapolitischen Themen: Band 1 des Handbuchs „Die Europäische Union – Politisches System und Politikbereiche“ stellt auf 790 Seiten neben dem politischen System und den Politikbereichen die Außenbeziehungen der EU vor: zu Ländern wie den USA, China und Russland und Regionen wie dem Mittelmeerraum, Afrika oder Südostasien. Der Band gibt außerdem mit Aufsätzen über die Erweiterung der Union, Frieden in Europa, den Verfassungskonvent und mögliche politische Ausgestaltungen der EU Ausblicke auf die Zukunft Europas. Band 2 „Die Staatenwelt Europas“ bietet in 36 Länderbeiträgen einen detaillierten Überblick über die Staaten des Kontinents – über die Mitgliedstaaten der EU und ihre Rolle in der Union und über mögliche künftige Mitgliedstaaten wie Kroatien oder die Türkei. Zahlen und Daten über Bevölkerung, Beschäftigung, Wirtschaft und Handel und die Organe der EU ergänzen das Standardwerk. Umfangreiche Register erschließen das Handbuch und liefern so einen schnellen Zugang zu Akteuren, Handlungsfeldern und Herausforderungen der Europapolitik. Dies ist die dritte, aktualisierte und überarbeitete Auflage des Europa-Handbuchs.

## From Alliance to Coalitions – The Future of Transatlantic Relations

Wer die Welt positiv verändern will, muss transatlantische Potenziale nutzen – die transatlantische Partnerschaft bleibt weiterhin die entscheidende gestalterische Kraft der Weltpolitik. Dieser Ansatz bildet die Grundlage der Initiative „Die Zukunft der Transatlantischen Beziehungen“ der Bertelsmann Stiftung und des C·A·P. Die in diesem Rahmen initiierten transatlantischen Strategiegruppen „Sicherheit“ und „Wirtschaft, Handel und Finanzen“ stellen nach zweijähriger intensiver Zusammenarbeit und kontinuierlichen Beratungen konkrete Empfehlungen zur verbesserten Kooperation zwischen Europa und den USA vor. Ziel der beiden Arbeitsgruppen ist die kontinuierliche Bearbeitung kritischer Themenfelder in den transatlantischen Beziehungen und die Erarbeitung klarer Lösungsvorschläge in Form von konkreten Politikempfehlungen. Kernforderungen sind die Schaffung eines informellen europäisch-amerikanischen G-2-Steering-Komitees zur Intensivierung und Optimierung der Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich und eine koordinierte Abstimmung im sicherheitspolitischen Bereich zur Überwindung der transatlantischen Spannungen der vergangenen Monate.

## Die CSU – Machterhalt und -erneuerung

Die CSU ist eine Ausnahmeerscheinung in der Parteienlandschaft. Viele aktuelle Entwicklungen des Parteiensystems gehen scheinbar spurlos an ihr vorüber: abnehmende Mitgliederzahlen etwa, oder zunehmende Machtwechsel. Diesen Befund nur auf besondere politisch-kulturelle Verhältnisse zurückzuführen, greift zu kurz. Die Studie rückt die spezifischen innerparteilichen Mechanismen des Machterhalts und der Machterneuerung in den Vordergrund und liefert damit eine theoretisch angeleitete Untersuchung der Machtarchitektur der CSU seit dem Tod von Franz Josef Strauß 1988 bis heute. Ziel ist, Kooperation und Wettbewerb von innerparteilichen Machtzentren als Bedingungen für Geschlossenheit und Selbstregenerationsfähigkeit der Partei zu analysieren. Das Augenmerk liegt dabei auf den Schlüsselmomenten: der doppelten Zäsur (Tod von Strauß und deutsche Einheit), der Grundsatzkommission als innerparteilichem Aufstiegskanal, dem bayerischen Machtwechsel von 1993, der Kontroverse in der Doppelspitze Waigel/Stoiber um die Europapolitik sowie der bundespolitischen Oppositionszeit seit 1998. Grundlage dafür sind vor allem zahlreiche Interviews mit den relevanten Akteuren, so dass die kritische wissenschaftliche Analyse mit Innenansichten der CSU kombiniert wird.



ANDREAS KIEßLING:  
**Die CSU. Machterhalt und Machterneuerung.**  
 Wiesbaden 2004, ISBN 3-531-14380-8, 380 Seiten, 34,90 Euro

## Evaluation politischer Bildung

Die Bedeutung von Bildungsprogrammen zur Demokratie- und Toleranzförderung hat in den letzten zehn Jahren stark zugenommen. Die Programme sind eine Reaktion auf die Etablierung einer rechtsextremen Jugendkultur in Teilen Deutschlands und der gestiegenen Gewaltbereitschaft junger Menschen. Wie jedoch ist die Wirkung solcher Programme? Leisten sie die Prävention, die sich Stiftungen, Ministerien, Schulen und andere Bildungseinrichtungen von diesen pädagogischen Interventionen erhoffen? Der Aufsatzband präsentiert auf der Grundlage der Erfahrungen, die in dem Projekt „Erziehung zu Demokratie und Toleranz“ am C•A•P gesammelt wurden, beispielhaft Methoden, Chancen und Schwierigkeiten der Evaluation von Trainingsprogrammen zum sozialen Lernen. Anhand der Evaluation dreier Programme im Bereich Demokratie-Lernen werden konkrete Wirkungen politischer Bildung vorgestellt. Der eigene Ansatz einer „Partizipativen Evaluation“ wird in seiner methodischen Umsetzung erläutert. Da das Themenfeld der Evaluation bisher weder durch eine einheitliche universitäre Ausbildung noch durch eine einheitliche Begriffsdefinition gekennzeichnet ist, trägt die Publikation zur Systematisierung bei.



KATRIN UHL / SUSANNE ULRICH /  
 FLORIAN WENZEL (HRSG.):  
**Evaluation politischer Bildung.  
 Ist Wirkung messbar?**  
 Gütersloh 2004, ISBN 3-89204-720-0, 200 Seiten, 25 Euro

## Das junge Europa

Jugendlichen erscheint europäische Politik unverständlich und wenig nachvollziehbar. Während der Kontinent vor großen Herausforderungen und erheblichen Umgestaltungen steht, löst die Integration bei vielen jungen Europäern diffuse Gefühle von Furcht und Desinteresse aus. Vom Gegenentwurf einer aktiven Beteiligung der Bevölkerung, vor allem der jungen Generation, die in einer Situation des Wandels besonders notwendig wäre, sind Politik und Zivilgesellschaft weit entfernt. Mit diesem Band legt die Forschungsgruppe Jugend und Europa am C•A•P Analysen, Hintergründe und Empfehlungen für eine wirksame Jugendbeteiligung in Europa vor – Strategien für eine nachhaltige Partizipation und eine zeitgemäße europabezogene Politikdidaktik. Der Band beinhaltet eine politikwissenschaftliche Situationsanalyse im Spannungsfeld von Jugendpolitik und Jugendarbeit, benennt die Verantwortlichkeiten für die politischen Akteure und leitet konkrete Handlungsempfehlungen nicht nur für die Politik, sondern für alle beteiligten Seiten ab.



FORSCHUNGSGRUPPE JUGEND UND  
 EUROPA (HRSG.):  
**Das junge Europa. Plädoyer für  
 eine wirksame Jugendpolitik.**  
 München 2004, ISBN 3-933456-32-0, 96 Seiten, 9,80 Euro

Am 26. und 27. November veranstaltet die Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog mit wissenschaftlicher Beratung des C•A•P und in Zusammenarbeit mit Triad Berlin die erste Impulskonferenz zu den Herausforderungen der Zukunftsgesellschaft. Ort: C•A•P

19. - 21. November in Wandlitz und 10. - 12. Dezember in Berlin: Erste Ausbildungsrunde von „teamGLOBAL“, einem Projekt zur Globalisierung von der Bundeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit der Forschungsgruppe Jugend und Europa (FGJE) am C•A•P. Junge Multiplikatoren können sich bewerben bei Sascha Meinert, E-Mail: meinert@fgje.de.

Schulen können sich für die Teilnahme an der Planspielreihe „Europa – eine gute Wahl“ bewerben. Es stehen Plätze zur Verfügung für Gruppen von 35 bis 45 Schülerinnen und Schülern ab der 10. Klasse. Die Termine sind im November und Dezember. Bewerbungsunterlagen unter [www.fgje.de](http://www.fgje.de). Ansprechpartnerin: Cáit Kinsella, Tel.: 089 – 2180 5951, E-Mail: kinsella@fgje.de.

## C•A•PANORAMA

erscheint zwei bis drei Mal jährlich und wird herausgegeben vom  
Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P)  
Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld  
Maria-Theresia-Straße 21  
81675 München  
Tel.: 089/2180-1300, Fax: 089/2180-1329  
E-Mail: [cap.office@lrz.uni-muenchen.de](mailto:cap.office@lrz.uni-muenchen.de)  
[www.cap-lmu.de](http://www.cap-lmu.de)

V.i.S.d.P. und Chefredaktion: Jürgen Turek  
Redaktion und Layout: Dominik Müller-Russell  
Schlussredaktion: Eva Feldmann, Olaf Hillenbrand,  
Roman Maruhn, Dominik Müller-Russell  
Druck: Frühmorgen & Holzmann, Schwindstr. 5,  
80798 München

## Die dreifache Transformation des Irak – eine Zwischenbilanz

von Felix Neugart

Die Aufgabenstellung ist wahrhaft herkulisch: Im Irak wird gegenwärtig jene Transformation in drei Paralleldimensionen angestrebt, deren Notwendigkeit der Politologe Claus Offe vor über zehn Jahren für Osteuropa diagnostiziert hat. Diese Herausforderung, ungleich komplizierter als in den meisten Staaten Osteuropas, ist durch das eklatante Missmanagement der Besatzungsbehörden zusätzlich erschwert worden.

Im Bereich der Staatsbildung muss das Gewaltmonopol des Staates, das im letzten Jahrzehnt der Herrschaft Saddam Husseins zunehmend erodiert ist, auf das gesamte Territorium ausgedehnt werden; zudem müssen die kurdischen Autonomiegebiete in einem föderalen Rahmen behutsam reintegriert werden. Die übereilten Entscheidungen der Besatzungsbehörden, die irakische Armee aufzulösen sowie Funktionäre der Baath-Partei ohne individuelle Prüfung von öffentlichen Ämtern auszuschließen, haben den Staatsapparat – durch drei Kriege und zehn Sanktionsjahre schwer angeschlagen – völlig kollabieren lassen. Die labile Sicherheitssituation – die Ketten von Angriffen auf die neuen staatlichen Institutionen und von Entführungen reißen nicht ab – hat sich noch einmal verschlechtert. In einigen urbanen Zentren, insbesondere im Nordwesten des Irak, haben die Truppen der Besatzungscoalition die Kontrolle weitgehend verloren.

Die Demokratisierung des politischen Systems erfordert die Einbeziehung aller relevanten Gruppen in einen breiten Übergangsprozess, an dessen Ende freie Wahlen und die Ausarbeitung einer neuen Verfassung stehen müssen. Die Besatzungsbehörden haben jedoch durch häufige Kurswechsel und an der amerikanischen Innenpolitik orientierten Zielvorgaben viel Vertrauen verspielt. Der im August 2003 eingesetzte Provisorische Regierungsrat war nur unzureichend repräsentativ und fiel vor allem durch Untätigkeit und Klientelpolitik auf. Der parallel eingeleitete verfassungsgebende Prozess blieb im Ansatz stecken und wurde auf das Ende des politischen Prozesses verschoben, während die Abhaltung freier Wahlen nach langem Hin und Her auf Januar 2005 terminiert wurde. Die Chance, nach der Übergabe der formalen Souveränität mit einer unabhängigen Regierung aus Fachleuten durch Sacharbeit dringend benötigte Legitimität zu gewinnen und die Grundlagen für einen neutralen öffentlichen Dienst zu legen, wurde jedoch vertan, als der für seine guten Kontakte zur CIA bekannte Exilpolitiker Ijad 'Allawi zum Premier ernannt wurde.

Der Aufbau einer funktionierenden Marktwirtschaft auf den Resten der ineffizienten Staatswirtschaft muss nicht nur den blühenden mafiösen Klientelkapitalismus der späten Saddam-Jahre bekämpfen, sondern gleichzeitig die einseitige Abhängigkeit vom Ölexport vermindern. Außerdem muss die faktisch komplette Erosion von Infrastruktur und sozialen Sicherungssystemen überwunden werden. Die mit neoliberalen Blaupausen angetretenen Besatzungsbehörden haben zwar mit einer drastischen Öffnung der Märkte und einer halbwegs gelungenen Währungsreform einen Konsumboom ausgelöst, tragfähige Strukturen für ein funktionierendes Wirtschaftssystem sind jedoch nicht geschaffen worden. Die große Mehrheit der Iraker ist nach wie vor auf öffentliche Lebensmittelzuteilungen angewiesen. Die Grundversorgung ist lückenhaft, die Arbeitslosigkeit erreicht Höhen von bis zu fünfzig Prozent. Die Erfolgchancen für die dreifache Transformation des Irak waren ohnehin gering – durch die Fehlsteuerung der Besatzungsbehörden sind sie weiter gemindert worden.

Der Autor ist Nahost-Experte am C•A•P.